

# Staatsbesuch

**BERLIN/KIGALI** (*Eigener Bericht*) - Die Bundesregierung kündigt die Aufnahme militärischer Beziehungen zu einem der umstrittensten afrikanischen Militärregime an. Demnach wird Verteidigungsminister Franz-Josef Jung mit dem Staatspräsidenten Ruandas, Paul Kagame, während dessen heute beginnendem Berlin-Aufenthalt über deutsche Aktivitäten in Afrika sprechen. Dabei geht es auch um zukünftige Militärkooperation mit Kigali. Dem Vorgang kommt deswegen besondere Bedeutung zu, weil führenden Angehörigen der ruandischen Militärelite eine Verwicklung in schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen wird. Ermittlungsanwälte in zwei EU-Staaten haben deswegen Klage eingereicht. Dabei geht es um blutige Massaker bei Umsturzversuchen in Ruanda sowie um die Militärintervention im Osten der Demokratischen Republik Kongo, die mehrere Millionen Todesopfer gefordert hat. Zu den Beschuldigten gehört der stellvertretende Befehlshaber der UN-Truppen in Darfur, die dort auf Drängen des Westens, darunter Deutschland, stationiert wurden. Paul Kagame ist von den Gerichtsverfahren nur deswegen ausgenommen, weil er als Staatspräsident Immunität genießt. Er wird am heutigen Dienstag mit militärischen Ehren von Bundespräsident Horst Köhler empfangen. Bereits bei Köhlers Ruanda-Reise im Februar hatten Menschenrechtsorganisationen schwere Vorwürfe gegen Kagame und sein Regime erhoben - unter anderem wegen Folter und außergerichtlichen Exekutionen.

Rund zweieinhalb Monate nach der Ruanda-Reise von Bundespräsident Horst Köhler - dem ersten Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes in Kigali - findet sich der ruandische Staatspräsident Paul Kagame an diesem Dienstag zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in der deutschen Hauptstadt ein. Kagame wird heute von Köhler mit militärischen Ehren empfangen und trifft morgen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Außerdem führt er Gespräche mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Verteidigungsminister Franz-Josef Jung und Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Während seines Berlin-Aufenthalts, der bis zum Freitag andauert, konferiert der Staatspräsident Ruandas auch mit Bundestagsabgeordneten, Firmenvertretern sowie dem Ministerpräsidenten des Bundeslandes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck. Rheinland-Pfalz unterhält eine enge Kooperation mit Ruanda ("Partnerschaft"), in die unter anderem die Polizeien beider Länder einbezogen sind.[1]

## Autokratie

Schon vor der Ruanda-Reise des Bundespräsidenten im Februar hatten Menschenrechtsorganisationen schwere Vorwürfe gegen den jetzigen Berliner Staatsgast Kagame erhoben. So waren laut amnesty international in Ruanda mehrere Tausend Personen seit langem ohne Gerichtsverfahren inhaftiert - unter Bedingungen, die "extrem hart" seien und "grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung" gleichkämen.[2] Wie es bei amnesty weiter hieß, lägen "zahlreiche glaubhafte Berichte" über Folter und außergerichtliche Exekutionen vor. Regierungskritiker "verschwinden" spurlos. Kirchliche Hilfswerke kritisierten, Ruanda sei zudem für die blutigen Konflikte im Ostkongo "direkt mitverantwortlich".[3] Politikberater nannten das Land eine Autokratie mit "demokratische(r) Fassade", in der freie Meinungsäußerung "nicht möglich" sei.[4] "Die Zivilgesellschaft", urteilte das Hamburger Institut für Afrika-Studien über Ruanda, "ist entweder parastaatlich organisiert oder wird bis zur Selbstaufgabe behindert."

## Militärkooperation

Ungeachtet der gravierenden Vorwürfe intensiviert die Bundesregierung jetzt die Kooperation mit Ruanda. Dabei geht sie weit über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus, die Staatspräsident Paul Kagame am morgigen Mittwoch in Gesprächen mit deutschen Unternehmensvertretern erweitern will; hierbei kommt der Energiebranche des energiearmen zentralafrika-

nischen Landes besondere Bedeutung zu. Vor allem aber sollen die militärischen Kontakte nach Kigali ausgebaut werden. Wie das Bundesverteidigungsministerium mitteilt, geht es bei den Gesprächen zwischen Kagame und Bundesverteidigungsminister Jung um "die Wiederaufnahme bilateraler militärpolitischer und militärischer Beziehungen mit Ruanda".[5] Dies stehe im Zusammenhang mit der "Übernahme von Verantwortung in Afrika" durch die Bundesrepublik, schreibt das Ministerium über die deutschen Pläne zur Einmischung auf dem Ressourcenkontinent.

### **Haftbefehle**

Der neuen Militärkooperation mit Ruanda kommt besondere Bedeutung zu, weil seit Jahren schwere Vorwürfe gegen die ruandischen Militäreliten erhoben werden. Die Vorwürfe haben inzwischen in zwei EU-Staaten zu gerichtlichen Schritten gegen das unmittelbare Umfeld von Staatspräsident Kagame geführt; Kagame selbst genießt kraft seines Amtes Immunität. Schon im November 2006 hatte der französische Ermittlungsrichter Jean-Louis Bruguière Haftbefehle gegen hochrangige Mitarbeiter des ruandischen Staatschefs ausgestellt, unter anderem gegen den Generalstabschef James Kabarebe und Armeechef Charles Kayonga. Bruguière war zu der Überzeugung gelangt, sie hätten gemeinsam mit Kagame den berüchtigten Flugzeugabschuss vom 6. April 1994 organisiert, um sich mit ihren von Uganda aus operierenden Rebellenmilizen in den vorhersehbar folgenden Unruhen die Macht in Kigali erkämpfen zu können. Die Unruhen eskalierten schnell zu einem Genozid, bei dem bis zu 800.000 Menschen - vor allem Angehörige der Tutsi-Minderheit - ermordet wurden. Kagame und seine Rebellen gelangten jedoch tatsächlich in den blutigen Wirren an die Macht.[6]

### **Massaker**

Bruguières Vorwürfe wurden in der Bundesrepublik bislang als Entlastungsmanöver von interessierter Seite abgetan - schließlich wird Paris angekreidet, selbst mit fragwürdigen Militäroperationen in den Genozid involviert zu sein. Seit die spanische Justiz allerdings zu ähnlichen Ergebnissen wie Bruguière gekommen ist, sind die Vorwürfe gegen Kigali nicht mehr vom Tisch zu wischen, denn im Gegensatz zu Paris verfolgt Madrid dort keine unmittelbaren Interessen. Der spanische Richter Fernando Andreu Merelles hat Anfang Februar Haftbefehle gegen 40 hochrangige ruandische Militärs erlassen, denen Beteiligung an Massakern vorgeworfen wird - sowohl in Ruanda als auch im Ostkongo. Demnach verantworten sie Verbrechen wie den Mord an rund 40.000 Zivilisten, die im Februar 1993 in Ruhengeri durch die Rebellen um Kagame zu Tode gebracht wurden.[7] Auch der Flugzeugabschuss von 1994, vor allem aber die Tötung von Hunderttausenden während der ruandischen Eroberungskriege im Ostkongo in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wird ihnen angelastet. Die verantwortlichen Militärs sind bis heute in Amt und Würden.[8]

### **Modellfall**

Welch konkrete Folgen der Ausbau der Militärkooperation mit Kigali mit sich bringen kann, der in diesen Tagen in Berlin auf der Tagesordnung steht, das verdeutlicht der Fall des ruandischen Generals Karenzi Karake. Karake wurde im vergangenen Sommer zum stellvertretenden Kommandeur der Truppen ernannt, die im Namen der UNO und der Afrikanischen Union (AU) im Sudan stationiert sind ("African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur", UNAMID). UNAMID stützt sich auf ein starkes ruandisches Truppenkontingent, wird bei seinem Einsatz zur Eindämmung des Sudan von Berlin finanziell und von der Bundeswehr personell unterstützt [9] - und ist damit ein Modell für künftige Interventionen zugunsten westlicher Interessen. Kigali freilich verlangt für die umfangreiche Truppenstellung einen Posten in der UNAMID-Militärführung und hat ihn mit General Karake besetzt.

## **Kriegsverbrecher**

Karake, dem im Sudan die Aufgabe obliegt, das Morden in Darfur zu stoppen, wird nun selbst mörderischer Exzesse beschuldigt. Wie es in der spanischen Klageschrift heißt, soll er an illegalen Exekutionen und an Massakern in Ruanda beteiligt gewesen sein - und das nicht nur vor dem Machtwechsel von 1994, sondern auch danach. Unter anderem wird Karake vorgeworfen, die Verantwortung für den Mord an einem kanadischen Geistlichen zu tragen.[10] Vergleichbare Vorwürfe treffen zahlreiche Angehörige der Militärelite Ruandas einschließlich des heutigen Staatspräsidenten, der zunächst als Rebellenführer (bis 1994) und dann als Verteidigungsminister (1994 bis 2000) die Kampfhandlungen der heute an der Macht befindlichen Militärs verantwortete, darunter die kriegerischen Aggressionen im Ostkongo, die bis heute nicht zum Stillstand gekommen sind.[11] Die geplante Berliner Militärkooperation mit der "Fassaden-Demokratie" Ruanda läuft damit auf eine dauerhafte Zusammenarbeit auch mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern hinaus.

- [1] s. dazu Kriegspartner
- [2] Urgent Action: Abschiebung/Drohende Folter und Misshandlung; amnesty international 16.03.2007. S. auch Kriegspartner
- [3] s. dazu Auf dem Weg zur Diktatur
- [4] Alexander Stroh: Legitimation allein durch Entwicklung? Das Beispiel Ruanda; GIGA Focus Afrika Nr. 11/2007
- [5] Minister Jung empfängt den Staatspräsidenten von Ruanda; Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung 21.04.2008
- [6] s. dazu Haftbefehle
- [7] Juzgado Central de Instrucción Nº 4. Audiencia Nacional, Sumario 3/2.008--D
- [8] Das große Morden; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 24.02.2008
- [9] s. dazu Militär für Afrika (I)
- [10] Rwanda: Canada Wants UN to Sack General Karake; Rwanda News Agency 10.04.2008
- [11] s. dazu Schwerpunktpartner, Im Kriegsgebiet und Kriegsfinanziers

*German Foreign Policy* 22.04.2008

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57214>